

gibt: Eine „Option“ für die Armen zu treffen, hat etwas damit zu tun, sich die „Optik“, also den Blickwinkel der Armen zueigen zu machen, soweit dies möglich ist. Mit den Augen der Armen zu sehen, heißt für uns reiche Kirchen Europas und Nordamerikas also: 1. lernen, nicht die Armut als solche als ein himmelschreiendes Ärgernis wahrzunehmen, sondern die Tatsache, daß es Armut aufgrund von Reichtum gibt; 2. anfangen, in diesem Zusammenhang die eigene Rolle als Kirche der Reichen wahrzunehmen und zu beurteilen; 3. wagen, Konsequenzen aus diesem Subjektsein zu ziehen. Nur in dem Maße uns das gelingt, werden wir wenigstens ein Stück weit Kirchen der Armen werden bzw. sein können.

Wenn „Diakonia“ hiermit ein Heft zum Thema „Reichtum und Armut“ vorlegt, begibt sie sich freilich selbst in die Gefahr, die Problematik lediglich aus der objektivierenden Perspektive des Reichen „abzuhandeln“. Denn allein schon die Fähigkeit zu schreiben, zu lesen und darüber zu reflektieren, was Armut, was Reichtum und welches das Verhältnis von beiden zueinander sei, bedeutet Reichtum. Wenn die anschließenden Beiträge aber eine Hilfe dazu leisten können, das persönliche Problembewußtsein zu schärfen, die Kritikfähigkeit in Hinblick auf die persönliche sowie die aktuelle kirchliche Praxis in diesem Spannungsfeld zu erhöhen und vielleicht sogar einen Perspektivewechsel zu wagen, mag das „Risiko“ eingegangen werden.

## Artikel

### David Seeber Verarmung an den Wurzeln bekämpfen

*Was bedroht in unserer Wohlstandsgesellschaft den sozialen Ausgleich und für zunehmend mehr Menschen die Grundlagen einer menschenwürdigen Existenz? Es scheint vor allem an der Art und Weise zu liegen, wie Wirtschaft, Politik und Gesellschaft mit den Problemen aus der Globalisierung der Wirtschaft, der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme umgehen. Die Konsequenzen und Anforderungen, die Seeber aus der kritischen Analyse zieht, richtet er auch an die Kirchen und die einzelnen Christen. Gemeinsam mit allen Menschen guten Willens stehen sie vor einer intellektuellen Herausforderung ersten Ranges, wie die genannten Probleme zu lösen sind, wie Verarmung verhindert werden und den Armen geholfen werden kann.*

red

I. Die Herausforderungen: Globalisierung, Arbeitslosigkeit, Armut

Wirtschaft, Politik und Gesellschaft – jede für sich und alle gemeinsam – stehen gegenwärtig vor drei Herausforderungen, von deren Bewältigung sowohl die wirtschaftliche Leistungskraft wie das soziale Gleichgewicht in der Bevölkerung wie das Schicksal vieler einzelner grundlegend abhängen. Die drei Herausforderungen: die schärfere internationale Konkurrenz, die immer noch größer werdende Arbeitslosigkeit, die Reform sozialstaatlicher Leistungen – insbesondere der sozialen Sicherungssysteme. Alle drei Herausforderungen sind zu sehen auf dem Hintergrund einer in materieller Sättigung und im Besitz erworbener Positionen unbeweglich gewordenen Gesellschaft, in der Verlustängste den Initiativegeist überlagern, wenn nicht ersticken. Eine Mischung aus Vorsicht und Verzagtheit durchzieht alle sozialen Schichten. Diese Stimmung findet sich ebenso in Unternehmen wie in Gewerkschaftszentralen.

Durch die Reaktion auf die genannten Herausforderungen und die Art ihrer Bewältigung wird entschieden

– über die Position westlicher (europäischer) Staaten im politischen und wirtschaftlichen Gesamtgefüge der Welt (materielle und immaterielle Wettbewerbsfähigkeit);

– über die Art der Teilnahme ihrer Bürger an der produktiven Gestaltung der wirtschaftlichen Ressourcen und des gesellschaftlichen Zusammenlebens (Gestaltung des Erwerbslebens);

– über die Solidaritätsfähigkeit der staatlich verfaßten Gesellschaften in unseren Ländern (über die Mittel des Sozialrechts, aber nicht über dieses allein), im Blick auf einen die Gesellschaft als ganze und auf Dauer stabilisierenden sozialen Ausgleich und die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für sozial Schwache wie materiell und immateriell Benachteiligte (Armenproblem).

Beides, den gesellschaftsstabilisierenden sozialen Ausgleich wie die Sorge für die Bedürftigen und Armen gilt es, im Zusammenhang zu sehen und doch klar von einander zu unterscheiden. Bei ersterem geht es in erster Linie um die Art und Höhe der Teilnahme an den materiellen und kulturellen Standards der Gesellschaft, in der man lebt und von der man „lebensweltlich“ abhängt.<sup>1</sup> Im zweiten Fall stehen die Grundlagen einer menschenwürdigen Existenz auf dem Spiel. Es geht um die Teil- oder Nichtteilnahme an den Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgütern, um materielle und immaterielle Marginalisierung, um Armut in des Wortes eigentlicher Bedeutung.

<sup>1</sup> Es gehe dabei nicht um Abwendung von Not, sondern „um Einkommen und Auskommen“ im Sinne der Standards, so definierte der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal diesen Sachverhalt.

Salvierung auf Kosten der Schwächeren und Schwächsten

Es ist überaus bedauerlich, daß diese Unterscheidung in der Debatte über Steuerlast, Lohnnebenkosten, Renten und Transfereinkommen wenig oder kaum zum Zuge kommt. Bedauerlich deshalb, weil hochorganisierte Gesellschaften allgemein und von organisierten Interessen bestimmte Gesellschaften im besonderen, und zwar in Wirtschaft und Staat, dazu neigen, unter finanziellem Druck sich auf Kosten der Schwächsten (oder der jeweils Schwächeren) zu salvieren: die Unternehmen auf Kosten der Belegschaften (Gewinnmaximierung anstatt Optimierung des Betriebsergebnisses), die organisierte Arbeitnehmerschaft auf Kosten der Arbeitslosen oder der Arbeitsplatzgefährdeten, die Steuerzahler auf Kosten der Sozialhilfeempfänger, die einzelnen auf Kosten der Familie, die Einheimischen auf Kosten der Fremden. Der Sachverhalt wird mit dem Schlagwort von der Zweidrittelgesellschaft nur sehr ungefähr wiedergegeben. Verarmung aber der sozial Schwachen ist die Konsequenz solch schleichender materieller, sozialer und kultureller Ausgrenzung.<sup>2</sup> Die Wirkung verstärkt sich durch die Unauffälligkeit des Vorgangs. Gegen die Schwachen am unteren Ende der sozialen Skala stehen nicht nur die organisierten Interessen; auf sie müssen auch Politikstrategen selten Rücksicht nehmen: Sie entscheiden in den Regel keine Wahlen.

Breite Negativwirkung der Ausgrenzung

Indessen besteht die Negativwirkung solcher Ausgrenzung nicht nur in der Verarmung von Unterschichtangehörigen, zu denen inzwischen durchaus auch Angehörige der Bildungsschichten gerechnet werden können, sondern die schleichende Ausgrenzung mit Verarmung im Gefolge trägt zugleich zur „Stabilisierung“ der Gesellschaft auf dem erreichten Status quo bei. Man entledigt sich des Reformdrucks durch Verlagerung der Kosten auf die schwächsten Glieder und versucht damit sich selbst und seinen eigenen ökonomischen und gesellschaftlichen Status zu retten. Die Gesellschaft verfestigt sich so, wie sie ist, und wird reformunfähig.

<sup>2</sup> Auch wenn immer umstritten bleiben wird, wo Armut beginnt und wo von Armut im eigentlichen Sinne noch nicht gesprochen werden kann, so beginnt sich die Faustregel, wer über weniger als 50% des durchschnittlichen Arbeitseinkommens (bei Fehlen jeglicher sonstiger Einkünfte) verfügt, zu Recht als Armutsgrenze durchzusetzen. Zu Recht werden dabei sozio-kulturelle Faktoren einbezogen. Wer in der Einkommensskala so weit unten liegt, muß noch nicht hungern oder obdachlos sein, er wird aber von der Teilnahme von so vielen Kulturgütern (Sozialkontakten, Bildungsmöglichkeiten etc.) ausgeschlossen, daß er zu Recht als arm gilt. Insofern ist auch der selbst in wissenden Kreisen immer wieder zu hörende Hinweis, „bei uns“ gehe es selbst den Sozialhilfeempfängern besser als dem Durchschnittsverdiener in Zaire oder in Bangladesch, eine wenig intelligente Bemerkung. Arme bei uns sind arm in der Wohlstandsgesellschaft und müssen an dieser gemessen werden. Vgl. zum Ganzen: Caritas-Armutuntersuchung. Ergebnisse und Position, in: Caritas, Heft 10, 93. Jg., Oktober 1992, 441-481.

## II. Wird Globalisierung zum Vorwand?

Doch zurück zu den Herausforderungen.

Der verschärfte Wettbewerb wird vornehmlich in Zusammenhang gebracht mit der sog. Globalisierung. Der Sachverhalt an sich ist weder neu noch besonders dunkel, wenn auch um einiges vielschichtiger, als er üblicherweise dargestellt wird. Vor allem hat Globalisierung nicht nur ökonomische und kommerzielle Aspekte; Globalisierung ist mindestens so sehr ein kultureller wie ein wirtschaftlicher Vorgang. Global werden nicht nur bestimmte Märkte, sondern Lebensmuster, und beide haben zur Voraussetzung den technischen Fortschritt als Ermöglichung des weltweiten Austauschs von Information und Wissen. Umgekehrt vollzieht sich die Globalisierung auch im Ökonomischen in dauerhafter Spannung zu gleichzeitigen Regionalisierungsprozessen. Die großregionalen Binnenmärkte (EU, NAFTA, ASEAN, Mercosur) sind in den achtziger und noch in den neunziger Jahren wesentlich stärker gewachsen als die Exporte aus deren Ländern in den Rest der Welt.<sup>3</sup> Es findet eben nicht nur eine starke Profilierung regionaler Kulturen als Konterkarierung der entstehenden oder schon weithin wirksam gewordenen Eine-Welt-Zivilisation statt, sondern auch eine vergleichbare Regionalisierung von Wirtschaftsmacht als Begleiterscheinung oder teilweises Gegengewicht zur Globalisierung.

Aber der Begriff beherrscht nun mal fast ausschließlich die ökonomische Debatte und schillert entsprechend nach allen Seiten. Dabei steht die Notwendigkeit einschneidender struktureller Anpassungen und der Zwang zu technischen Innovationen, um auf den Weltmärkten sich behaupten zu können, außer Frage. Zu denken gibt allerdings der resolut negative Akzent auf dem Schlagwort. Natürlich: die ökonomischen Schwergewichte haben sich seit Ende der achtziger Jahre weltweit verlagert. Den westlichen Volkswirtschaften sind nicht nur durch Japan, sondern im gesamten ostasiatischen Raum ernsthafte Konkurrenten erwachsen. China boomt. Die Volkswirtschaften der osteuropäischen Reformstaaten können ihre Wettbewerbsvorteile (vor allem in Form niedriger Lohnkosten) zunehmend nutzen. Auch lateinamerikanische Länder erfreuten sich in den letzten Jahren respektabler Wachstumsraten. Der Wettbewerb ist weltweit anstrengender geworden.

Aber warum setzt man, anstatt über die Folgen der Globalisierung zu jammern, nicht entschiedener auf die mit-

<sup>3</sup> Zu den Zahlen vgl. u. a.: *Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München 1996, 203 ff.

Fatale  
Vernachlässigung der  
nationalen Märkte

tel- und langfristig für die eigenen Volkswirtschaften daraus sich ergebenden Chancen? Aufstrebende Volkswirtschaften in Osteuropa, in Ostasien, in Lateinamerika sind ja nicht nur der im Ansatz beste Weg zur Überwindung von Armut dort – deklariertes Ziel seit je aller Entwicklungszusammenarbeit –, sondern sie eröffnen bislang ungeahnte Absatzchancen auch für Produkte und Dienstleistungen aus den westlichen (europäischen) Volkswirtschaften. So wie die Globalisierungsdebatte auch ökonomisch und bislang auch politisch geführt wird mit Betonung allein des Kostendrucks und der Fixierung ganz einseitig auf die Exportwirtschaft wird Globalisierung zum alleinigen und billigen Vorwand für den Abbau von Arbeitsplätzen und sozialen Leistungen. Auf diese Weise wird nicht nur Unterschichtverarmung stillschweigend und bewußt in Kauf genommen. Langfristig werden auch große Teile des Mittelstandes in den Abstieg hineingezogen. Und schlußendlich beißt sich die Unternehmenswirtschaft ins eigene Fleisch. Man sieht es bereits an dem Mißverhältnis zwischen Export und Binnen nachfrage: Die Exportwirtschaft expandiert kräftig, aber es fehlt der Zuwachs bei den Inlandsinvestitionen und beim Verbrauch. Woher sollte das Wachstum dort auch kommen, wenn Kaufkraft durch Abgabenerhöhung, Kürzung von Lohnersatzleistungen, beim Arbeitslosengeld und bei der Sozialhilfe vor allem, dort weggenommen wird, wo die Kaufkraft angesichts der Kargheit der Mittel erzwingen ermaßen am schnellsten eingesetzt werden muß?<sup>4</sup>

Bedenkt man den Umstand, daß selbst bei hochgradig exportabhängigen Ländern, wie Deutschland, Österreich oder der Schweiz rund drei von vier Arbeitsplätzen von den jeweiligen nationalen Märkten abhängen, dann wirkt die ausschließlich wirtschaftspolitische Konzentration auf den Export besonders fatal. Aber offenbar lockt weniger das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung als das Abschneiden auf den internationalen Aktienmärkten. Auf diese Weise entwickelt man Kettenreaktionen oder bedient sich ihrer. Aus Rationalisierungs- resp. Kostengründen werden Entlassungen getätigt, die Entlassungen oder Produktionsverlagerungen in sog. derzeitige Billiglohnländer werden eingesetzt als Druckmittel, um weitere Entlassungen oder Produktionsverlagerun-

<sup>4</sup> Es würde sich lohnen, einmal durchzurechnen, nicht nur was Wirtschaft und öffentliche Hände durch Einsparungen bei Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern an Entlastungen erreichen, sondern auch, was dabei der Wirtschaft (spez. dem Einzelhandel) an Umsatz und dem Staat an Steuern verloren geht, von den sozialen Nebenkosten (Entwicklung von Kleinkriminalität) ganz abgesehen.

gen anzudrohen, jedenfalls wenn weitere Kostensenkungen bei den Löhnen oder Lohnnebenkosten nicht erfolgen, weil nicht möglich oder weil sie sozial nicht zu verantworten sind.

Die Sozialpolitik wird so von der Exportwirtschaft in Geiselhaft genommen. Und die politischen Führungen, sich im Tagesgeschäft erschöpfend, kommen mit Konzessionen an die Unternehmenswirtschaft und mit Subventionsgewährungen kaum noch nach. Dabei sind gerade Großunternehmen selten zögerlich, durch Entlassungen oder Überleitungen in den vorzeitigen Ruhestand sich zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme von Arbeitskosten zu entlasten und zugleich um so lauter die auf diese Weise selbst mitverursachte Steigerung der Lohnnebenkosten zu beklagen. Dabei strengt man sich geradezu an, den eigenen Standort kaputt zu reden und die konfuzianische Ethik, die Ostasiaten angeblich wirtschaftlich so stark macht, als Knute zur Durchsetzung der eigenen Ziele zu benutzen, als ob stabile Demokratien und sozialer Grundkonsens keine Standortvorteile wären.<sup>5</sup>

Würde sich eine solche Strategie durchsetzen, stünde am Ende eine Marktwirtschaftsgesellschaft, in der soziale Rücksichten, wie es Friedrich August von Hayek – zustimmend – formuliert hat, sich reduzieren auf „das Interesse jener, die Schutz gegen Verzweiflungsakte der Bedürftigen verlangen“.<sup>6</sup> Wer der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten entgegenwirken will, muß also erst einmal einem durch keinen sozialistischen Gegner mehr gebremsten „wildem Kapitalismus“ das Konzept verderben.

### III. Arbeitslosigkeit – Hauptursache von Verarmung

Die Gefahren einer solchen Entwicklung sehen heißt nicht bei den beiden anderen Herausforderungen – beim Beschäftigungsproblem und bei den sozialen Leistungssystemen – auf den Status quo setzen. Im Gegenteil! Gerade in diesen beiden Problemfeldern – Übergangsfristen natürlich bedenkend – muß weit nach vorne gedacht und gehandelt werden.

Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt. Sie liegt inzwischen beim größeren Teil europäischer Länder über zehn Prozent. Wir haben rund zwanzig Millionen Arbeitslose

<sup>5</sup> Ein ganz unverdächtig Zeuge, der CSU-Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Alois Glück, stellte unlängst laut „Süddeutsche Zeitung“ (4./5. 1. 97) zu den gängigen Bewertungen des Standorts Deutschland durch Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft fest: „Diese Politik fast aller Wirtschaftsverbände ist wegen der öffentlichen Wirkung, die sie auslöst, dilettantisch. Wenn die Herren aus den Verbänden ihre eigenen Produkte so verkaufen würden, wie sie gesellschaftspolitisch argumentieren, hätten sie mit ihrer Firma Konkurs gemacht.“ Vgl. dazu auch *Helmut Butterweck*, *Global ins 19. Jahrhundert (Die Furche, 1./2. 1. 97)*.

<sup>6</sup> Zit. nach „Süddeutsche Zeitung“, vom 30. 12. 1996.

innerhalb der EU. Die deutschsprachigen Länder – lange Zeit Vollbeschäftigungswirtschaften – machen keine Ausnahme mehr.<sup>7</sup> Der Beschäftigungszuwachs hat sich längst vom Wachstum abgekoppelt. Die Sockelarbeitslosigkeit wächst von Konjunkturtal zu Konjunkturtal. So gut wie alle Prognosen sind sich einig, daß technische Innovationen zwar der Königsweg zur Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen sind, daß durch den technischen Wandel insgesamt im Produktions- wie im Dienstleistungsbereich mehr Arbeitsplätze wegfallen als neue geschaffen werden.

Zwar ist die Zahl der Arbeitsplätze noch bis in die neunziger Jahre beträchtlich gewachsen.<sup>8</sup> Aber Arbeit hat sich individualisiert mit starken Verschiebungen nach Geschlechtszugehörigkeit. Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland liegt inzwischen bei 47 Prozent.<sup>9</sup>

In dieser Situation sind Vertröstungen auf Wachstumserwartungen oder Hinweise auf das „amerikanische Beschäftigungswunder“ wenig verheißungsvoll. Sie bilden höchstens den Schopf, an dem sich Wachstumsfetischisten aus dem Beschäftigungssumpf ziehen möchten. Neue Formen der Arbeitsgestaltung, der Arbeitsverteilung und des Arbeitsteilens – von wachstumsgläubigen Theoretikern und Praktikern als Sozialromantik abgetan – werden zu einem gesamtgesellschaftlichen Solidaritätsgebot erster Ordnung.

Notwendige Sozialpflichtigkeit von Beschäftigung

Wer Armut bekämpfen bzw. Verarmung verhindern will, muß, da Arbeitslosigkeit vor allem in ihrer Langzeitform zur Hauptursache von Verarmung geworden ist, bei der Sozialpflichtigkeit von Beschäftigung ansetzen. Die Erweiterung des Angebots an Teilzeitarbeit – im produzierenden Gewerbe, bei den Dienstleistungen, auch im öffentlichen Dienst einschließlich der Beamtenschaft – ist ein erster notwendiger Schritt. Die möglichst weitgehende Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensar-

<sup>7</sup> In der Bundesrepublik Deutschland liegt die Arbeitslosenquote zur Zeit bei 10% (Ende 1996), in der Schweiz bei 5% und in Österreich bei 4%.

<sup>8</sup> Nach Angaben von Wolfgang Klauer von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg in einem Spiegel-Interview (Ausgabe vom 6. 1. 97, S. 29) stieg die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland von 1973 bis 1993 noch um 2,5 Millionen, die Zahl der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte stieg aber in der gleichen Zeit um mehr als das Doppelte, um über 5 Millionen.

<sup>9</sup> Die Frauen sind die Beschäftigungs- (nicht die lohnpolitischen) Gewinner der Verlagerung von der Produktion in die Dienstleistungen. In der Bundesrepublik Deutschland sind von den Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe inzwischen 60% Frauen (im produzierenden Gewerbe nur 27%). Zwischen 1985 und 1995 haben die Frauen im Dienstleistungsbereich um 16%, die Männer nur um 5% zugenommen. Beschäftigungsrückgang (insgesamt) seit 1992 bei den Männern 7%, bei den Frauen 3%.

beitszeit ist ein weiterer, gleichzeitig zu bewerkstelligen- der Schritt. Auf lange Sicht wird man aber überhaupt von der – auf den einzelnen bezogenen – Ganztags- bzw. Vollzeitarbeit als Regel abkommen und je nach betrieblichem und individuellem Bedarf ganz unterschiedliche Beschäftigungspakete anbieten müssen. Das ermöglicht nicht nur die Beteiligung möglichst aller Arbeitsfähigen am Erwerbsleben, es läßt sich auch besser mit den heutigen Ansprüchen auf Freizeitgestaltung und einem partnerschaftlichen Familienleben verbinden.

#### IV. Notwendige Reform sozial- staatlicher Leistungen

Zu vergleichbar grundlegender Umgestaltung zwingt schließlich die dritte Herausforderung: die Reform sozialstaatlicher Leistungen, speziell die Absicherung der großen Lebensrisiken unter den heutigen ökonomischen, sozialen und demographischen Bedingungen.

Die Sozialabgaben für die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung sind in den deutschsprachigen Ländern ausnahmslos an das Arbeitsverhältnis gebunden.<sup>10</sup> Man kann dies im Sinne traditioneller Sozialpolitik als sozial gerechten „Lastenausgleich“ und hohe Solidaritätsübung zwischen den Tarifpartnern und zwischen jung und alt feiern; man muß aber auch die eingebaute Destruktivität eines solchen Regelwerks mit seiner öffentlich-rechtlichen Schwerfälligkeit sehen: Die systemimmanente Kostendynamik, den von ihr ausgehenden Druck auf die Beschäftigung, die Abhängigkeit von der demographischen Entwicklung, das Konfliktpotential des sog. Generationsvertrages. Die gegenwärtigen Heilungsversuche auf der Ausgaben- wie auf der Leistungsseite demonstrieren geradezu die Kettenwirkungen, die mitten hinein in die Verarmung sozial Schwacher führen können: Die Sozialabgaben drücken die Lohnnebenkosten nach oben<sup>11</sup>, die hohen Lohnnebenkosten „rechtfertigen“ Arbeitsplatzabbau, um weiteren Arbeitsplatzabbau zu verhindern und die Lohnnebenkosten im Griff zu behalten, muß mit der Gartenschere, also einheitlich nach Prozentsätzen, bei den Renten, beim Arbeitslosengeld, bei der Arbeitslosenhilfe gekürzt werden. Die Folge: immer mehr davon Betroffene fallen der Sozialhilfe anheim, und die Kommunen klagen endlos über die von ihnen zu tragenden Sozialhilfelasten.

<sup>10</sup> Dies ist nicht in allen europäischen Staaten so. In Frankreich gibt es eine steuerfinanzierte soziale Mindestsicherung, ebenso in Holland; vgl. *Josef Schmid*, Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Opladen 1996, Kap. II, Landesprofile und institutionelle Grundlagen, 64–119.

<sup>11</sup> In Prozenten der Lohnkosten hat Österreich innerhalb der EU mit 99% die höchsten Lohnnebenkosten; Deutschland nimmt mit 82% nur eine mittlere Position ein. Vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft, IW-Trends, Heft 2, 1996, S. 52.

Dies läßt sich gewiß – ohne auch wirtschaftliche „Rückschläge“ auf den Inlandsverbrauch – nicht mit weiteren linearen Kürzungen bei den Sozialleistungen oder gar durch die Einführung einer Bettlersteuer, wie sie unlängst ein Hamburger FDP-Politiker gefordert hat, beheben.

Wenn bei der Alterssicherung ohnehin mehr und mehr private Vorsorge angemaht wird und bei der Krankenversicherung die Zusatzbeiträge (Selbstbeteiligung) steigen, warum dann nicht gleich die Weichen für eine Entkoppelung der Versicherungsaufwendungen vom Arbeitsverhältnis stellen? Mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, die als ihren Beitrag zur Beschäftigungssicherung und zur sozialen Abfederung von Arbeitslosigkeit die Arbeitgeberseite allein tragen sollte.<sup>12</sup> Wir leben nicht mehr in der Zeit der Bismarckschen Sozialgesetze. Die Arbeitnehmerschaft ist emanzipiert. Selbstverantwortung und staatliche Vorsorge müssen in ein neues Gleichgewicht gebracht werden.<sup>13</sup> Der Staat kann sich auf die rechtlichen Rahmenvorgaben für individuelle Pflichtversicherungen, die bei Krankheit und Alter mindestens das Existenzminimum absichern, und auf steuerfinanzierte soziale Hilfeleistungen im Falle durch Selbsthilfe nicht zu behebender Bedürftigkeit beschränken. In das Versicherungswesen käme damit zusätzlich Wettbewerb: der einzelne würde zu mehr Eigenverantwortung angeregt; die Unternehmen würden von demographischen Schwankungen entlastet und zugleich bei den Arbeitsplätzen stärker in die Pflicht genommen.

Voraussetzung für eine solche gesellschaftspolitische Kehrtwendung, die Verarmung in unseren zu Wohlstand gekommenen Gesellschaften dauerhaft verhindert, ist, daß Politik, die unter dem Deckmantel der Globalisierung an regulierendem Einfluß auf die Systemregeln der Unternehmenswirtschaft bis an den Rand der Selbstaufgabe verloren hat, über den tagespolitischen Interessenausgleich hinaus, zur Entwicklung und Durchsetzung langfristiger Konzeptionen überhaupt wieder fähig wird.

<sup>12</sup> In den meisten Ländern der EU ist die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung gemeinsam durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Regel bei starkem Variieren der jeweiligen Anteile. In skandinavischen Ländern ist die Arbeitslosenversicherung teilweise steuerfinanziert.

<sup>13</sup> Wenn, worauf Gewerkschaftsvertreter gerne hinweisen, die Lohnquote, als der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, seit längerer Zeit stagniert, so hat das neben moderaten Abschlüssen und der Zunahme von unecht Selbständigen auch damit zu tun, daß auch abhängig Beschäftigte in größerem Umfange zunehmend Einkommen auch aus anderen Quellen (Kapitalerträgen, Immobilien etc.) beziehen.

Von den Kirchen – gefordert sind aber nicht in erster Linie die Hierarchien, sondern die Christen in ihren verschiedenen Gruppierungen, ihr Fachwissen und ihren politischen Willen in den Parteien und über Parteigrenzen hinweg zu bündeln – kann eine Menge beigetragen werden, damit die Voraussetzungen dafür sich verbessern: nicht durch allgemeine Papiere, die nur den jeweils prekären Konsens feststellen, sondern durch theoretische und praktische Vorschläge zu konkreten Reformen.

#### Beispiele

Um nur eine Problemschicht zu benennen: Alle an Armuts-, Sozialreform- und Globalisierungsdiskussionen Beteiligten bedürfen wieder einer treffsicheren Semantik an den Zugängen zur sozialen Wirklichkeit. Zum Beispiel ist nicht alle Armut wirtschaftlich bedingt. Freiheitliche, aber lebensweltlich zerfranste Wohlstandsgesellschaften produzieren durch individuelles wie kollektives Verhalten durchaus ihren eigenen Anteil an Armut.

Ein anderes Beispiel: Viele zentrale Begriffe sozialer Interaktion sind zu Schlagworten degeneriert und müssen neu auf Wahrheit und Wahrhaftigkeit geprüft werden: Leistung z. B.! Nach welchen marktspezifischen und anderen Kriterien wird Leistung bestimmt? Besitzstandsdenken: Verteidigen hauptsächlich Lohnabhängige (mit Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern) Besitzstände, oder sind dabei Hüter von Steuerprivilegien und Subventionsempfänger nicht sehr viel tüchtiger? Klage über zu hohe Steuerlast: Sie vernebelt mehr als sie kenntlich macht. Es gibt steuerlich gemessen an ihrer Leistungsfähigkeit Überforderte, aber vermutlich nicht weniger Unterforderte, die dem Gemeinwohl eine Menge schuldig bleiben. Soziale Hängematte: Es gibt auch die Subventionsmatte, auf der es sich so manches Unternehmen über viele Jahre hinweg bequem macht. Und wer hängt da nicht alles am Tropf des Steuerzahlers! So manches Spitzengehalt dürfte da mit einem robusten Anteil mit dabei sein.

#### Eine Herausforderung für Christen

Das alles muß neu aufgedröselst werden. Für praktizierende Christen eine intellektuelle Herausforderung ersten Ranges. Aber ihr erster Platz wird immer bei den Ärmsten sein müssen, bei denen, die auch kein noch so ausgeklügeltes und solidarisch konstruiertes privates oder staatliches Vorsorgesystem „integrieren“ kann: bei den Fußkranken des technischen Fortschritts, den Obdachlosen, den an sich selbst Gescheiterten. Verarmung verhindern ist die eine Sache, Armen helfen die andere.